



Projektgebiet	Westafrika
Projektländer	Ghana, Benin, Burkina Faso, Togo
Quartal / Jahr :	Januar bis März 2010

Westafrika

Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung der Projektregion

- *Fünzig Jahre Unabhängigkeit für siebzehn westafrikanische Länder*
- *Afrikanischer Landwirtschaftsfonds*
- *Bericht des Weltwährungsfonds zu regionalen Wirtschaftsperspektiven*
- *Bericht der Weltbank zu den Entwicklungsindikatoren 2010 für Afrika*
- *Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten*
- *African Diaspora Marketingplace*

In diesem Jahr werden siebzehn afrikanische Länder den 50. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit (nach 75 Jahren Kolonialherrschaft /Berlin-Konferenz 1884/85) begehen, darunter Togo (27. April), Benin (damals Dahomey - 1. August) und Burkina Faso (damals Obervolta - 5. August), Ghana war bereits am 6. März 1957 unabhängig geworden. Die damaligen, teilweise noch relativ jungen, Staatspräsidenten stammten aus unterschiedlichen Berufsgruppen wie Sylvano Olympio, Unternehmer, 58 Jahre, Togo, Hubert Maga, Grundschullehrer, 44 Jahre, Dahomey/Bénin, Maurice Yaméogo, Büroangestellter und Gewerkschaftsmitglied, 39 Jahre, Obervolta/Burkina Faso und Kwane Nkrumah, Soziologe, Parteivorsitzender, 48 Jahre, Ghana.

Anlässlich der Jahreshauptversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Ende 2009 wurde ein „Afrikanischer Landwirtschaftsfonds“ zur Unterstützung landwirtschaftlicher Projekte auf dem Kontinent gegründet. Der Fonds, der sich als ein panafrikanischer Kapitalinvestmentfonds versteht, soll sowohl Großgruppen, Kooperativen als auch Kleinbetriebe bei ihren Vorhaben finanziell unterstützen und die Kreditaufnahme bei Banken erleichtern, wobei sowohl Produktions- als auch Weiterverarbeitungsvorhaben gefördert werden sollen. Dies geschieht insbesondere vor dem Hintergrund der weiter andauernden Weltwirtschaftskrise sowie drohenden Hungersnöten und der Überzeugung, dass die Entwicklung des Kontinents, dessen Bevölkerung zu 70% in der Landwirtschaft beschäftigt ist, von dieser direkt abhängt. Ein erstes Ziel ist, Afrika, in Bezug auf seine Nahrungsmittelversorgung, zur Autonomie zu verhelfen.

Der im Oktober 2009 veröffentlichte Bericht des Weltwährungsfonds zum Thema „Regionale Wirtschaftsperspektiven - Subsahara-Afrika“ stellt Ländern der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (ECOWAS) wie Togo, das seine Wachstumsrate von 4% halten und Burkina Faso, das sich von 3,5% (2009) auf 4,1% (2010) verbessern konnte, ein gutes Zeugnis aus. Das schlechte Ergebnis für Benin, wo die geschätzte BSP-Wachstumsrate von 3,8% (2009) im laufenden Jahr (2010) wohl bis auf 3% sinken wird, sei, nach dem Bericht, nicht auf die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sondern auf den Rückgang der Produktion von Exportkulturen, insbesondere Baumwolle, aufgrund der sich weiter verschlechternden Organisation der Branche, zurückzuführen.

Hinzu kämen diverse Finanzskandale in den Jahren 2008 und 2009 in Höhe von nahezu 70 Mrd. F CFA (106,7 Mio. €).

In ihrem am 15.3. veröffentlichten Bericht zu den Entwicklungsindikatoren in Afrika im Jahr 2010 spricht die Weltbank ein Tabuthema, die auf jährlich weltweit 1.000 Mrd. \$, in Afrika auf zwischen 150 und 200 Mrd. \$, ca. 25% des BSP, geschätzte „heimliche“ Korruption an. Im Vergleich zu anderen Gebieten der Erde sei diese Art der Korruption auf dem Kontinent, aufgrund seiner Armut, zahlenmäßig nicht allzu hoch, die direkten Auswirkungen aber am stärksten. Man treffe diese Korruption insbesondere in den staatlichen Versorgungsdiensten an, wo der Verlust an erwarteten Einnahmen afrikaweit mit ca. 5,7 Mrd. \$ beziffert wird, die allgemeinen Lebenskosten erhöhten sich durch die „heimlichen“ Abgaben im Hafen und beim Zoll um zwischen 10 und 30%. Die auf den westafrikanischen Straßen erhobenen „Korruptionsgebühren“ stellten zwischen 20 und 27% der variablen Nutzungsgebühren dar (im Süden und Osten des Kontinents sind es 1%). Musterländer gebe es kaum, lediglich Südafrika habe die im Jahr 2003 verabschiedete Anti-Korruptions-Konvention der OCDE unterzeichnet, die der Afrikanischen Union sei bisher ohne Wirkung geblieben.

Das im Jahre 2000 geschlossene Wirtschaftsabkommen, das die wirtschaftlichen Beziehungen aber auch die Entwicklungspolitik und den politischen Dialog zwischen der Europäischen Union und den 78 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) zum Inhalt hat, wurde, im vorgesehenen 5-Jahres-Rhythmus, am 19.3. überarbeitet, die offizielle Unterzeichnung des revidierten Abkommens ist im kommenden Juni in Ouagadougou vorgesehen. Das Abkommen zielt insbesondere darauf, die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe über eine wirksamere Koordination zwischen den Ländern und Organisationen zu erhöhen und damit den AKP-Ländern zu einer besseren Integration in die Weltwirtschaft zu verhelfen. Nicht behandelt wurde der Fortschritt der Verhandlungen hinsichtlich der Unterzeichnung der APE-Abkommen, die eine progressive Öffnung der Märkte der AKP-Länder für europäische Produkte vorsehen. Ein weiteres problematisches Thema, die Frage der Rückführung von Migranten in ihre Ursprungsländer, soll, auf Wunsch der teilnehmenden Staaten, Gegenstand bilateraler Verträge zwischen der EU und den einzelnen Ländern werden.

Anlässlich des „African Diaspora Marketplace“ in Washington Mitte Januar erhielten 58 Vorhaben, zum größten Teil Projekte zur Entwicklung der Agro-Industrie und der Informationstechnologien, von rund 700 eingereichten Vorschlägen, die Zustimmung der Organisatoren (Western Union und USAID). Alle Vorhaben waren von in den Vereinigten Staaten lebenden Mitgliedern der afrikanischen Diaspora mit dem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung in ihren Herkunftsländern, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, zu fördern, vorgeschlagen worden, wobei Äthiopien und Ghana am besten vertreten waren.

Weitere Meldungen zu den einzelnen Projektländern

Ghana

Aus Anlass des ersten Jahrestags seines Amtsantritts (7.1.2009) stellte sich Staatspräsident John Atta Mills in einer Pressekonferenz den Fragen der Journalisten und zog mit diesen die Bilanz seines ersten Jahres an der Spitze des Landes. Wie die ghanaische Tageszeitung „Daily Graphic“ berichtete, sei die Bevölkerung des Landes im Großen und Ganzen zufrieden, u.a. sei die Kriminalitätsrate gesunken, die Lebenshaltungskosten seien allerdings weiter sehr hoch. Aufgrund von Preiserhöhungen und Inflation habe sich hier wenig geändert. Die Oppositionspartei (NPP), die ebenfalls eine Pressekonferenz abhielt, machte auf nicht gehaltene Wahlversprechen wie u.a. die Reduzierung der Treibstoffpreise, die

Verbesserung der Sicherheitsbedingungen sowie ein besseres wirtschaftliches Klima aufmerksam.

Ende Januar führte Staatspräsident Mills seine erste Regierungsumbildung durch. Die neu ernannten Minister Enoch Teye Mensah - Arbeit und Soziales, Alban Bagbin (ehemaliger ‚Majority Leader‘ im Parlament) - Wasserressourcen, Öffentliche Arbeiten und Wohnraum, Martin Amidu (ehemaliger Präsidentenberater) - Innenminister, Mahama Ayariga, (ehemaliger Präsidentensprecher) - beigeordneter Minister für Handel und Industrie, John Akologu Tia - Informationsminister, John Gyetuah - Staatsminister im Präsidentialamt, Inusah Abdulai Fuseini - beigeordneter Minister für Energie und Moses Mabengba - Minister für die Nordregion, unterzogen sich im Februar, vor ihrem offiziellen Amtsantritt, der traditionellen Befragung („Vetting“) durch das Parlament.

Ebenfalls im Februar, anlässlich seiner ‚Rede zur Lage der Nation‘ vor dem Parlament, hob Mills hervor, dass sich seine Regierung, deren Ziel es sei, Ghana zu einer Industrienation zu machen, insbesondere um den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes bemüht habe. Die Erdölförderung und -verarbeitung nehme dabei eine herausragende Stelle ein. Mills versprach gleichzeitig, dass das Land ab 2016, da die Grundlagen für eine Eisen- und Erdölverarbeitende Industrie gelegt seien, nicht mehr nur vom Export von Rohstoffen wie Kakao oder Holz abhängig sein werde.

Am Rande des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union, Ende Januar in Addis Abeba, erklärte Vizepräsident John Mahama gegenüber der Presse, dass sich Ghana, dank der seit einem Jahr verfolgten Wirtschaftspolitik seiner Regierung und der engen Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Weltwährungsfonds, im wirtschaftlichen Aufschwung befinde. Die Inflationsrate sei auf unter 16% gefallen, die nationale Währung habe sich stabilisieren können, die Wachstumsrate könne durchaus von derzeit 5,7% weiter auf bis zu 6% steigen.

Anlässlich des Nationalkongresses der Regierungspartei (NDC) wurden der Vorsitzende (National Chairman), Dr. Kwabena Adjei, sowie der Generalsekretär der Partei, Johnson Asiedu Nketiah, jeweils in ihrem Amt bestätigt. Nana Konadu Rawlings, Ehefrau von Jerry Rawlings, wurde zur Ersten Vizepräsidentin (insgesamt sechs ‚National Vice Chairpersons‘) bestimmt. Auch die Oppositionspartei (NPP) hielt Ende Januar ihren Nationalkongress ab, Jake Obetsebi-Lamphey wurde zum Vorsitzenden, Kwadwo Owusu-Afriye zum Generalsekretär neu gewählt.

Die Inflationsrate ging von 15,97% (Dezember 2009) auf 14,78% (Januar 2010) und 14,22% (Februar 2010) zurück und erreichte damit den tiefsten Stand seit 22 Monaten. Diese positive Entwicklung wird insbesondere der Stabilisierung der nationalen Währung zugeschrieben.

Im Februar wurde ein neues, recht umfangreiches Erdölfeld vor der ghanaischen Küste, auf der nicht genau festgelegten Seegrenze zur Elfenbeinküste gelegen, entdeckt, auf dessen Ausbeutung auch das Nachbarland Anspruch erhebt. Mitte März fanden daher Gespräche zwischen dem ivoirischen Minister für Bergbau und Energie, der im Auftrag von Staatspräsident Laurent Gbagbo nach Ghana gekommen war, und dem ghanaischen Staatschef statt. Beide Länder versicherten, die Frage ihrer maritimen Grenze verhandeln zu wollen, ohne dabei ihre bestehenden guten Beziehungen aufs Spiel zu setzen.

Die für Ghana im Rahmen des ‚Multi Donor Budgetary Support‘ (MDBS) vorgesehene Budgethilfe von 450 Mio. \$ soll, wie die Geberorganisationen und -länder mitteilten, zur Auszahlung kommen, sobald das Dokument zur Strategie der Armutsreduzierung (GPRS III, in Weiterführung von GPRS I und II), das die Orientierungen in den Schlüsselsektoren klar

herausstellt, vorliegt, was, wie der Vertreter der Weltbank in Ghana, Ishac Diwan, im Februar erklärte, demnächst der Fall sein wird.

Im Rahmen des V-FLEX-Mechanismus der Europäischen Union, der dazu dient, mögliche finanzielle Verluste aufgrund sozioökonomischer Kriterien und Verwundbarkeiten vorzusehen und bereits präventiv einzugreifen, wurde dem Land eine Subvention von 35 Mio. € zur Abschwächung der Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise gewährt. Weiter stellte sie eine Budgethilfe von 15 Mio. € für „food facilities“ zur Verfügung, um das Ansteigen der Lebensmittelpreise auszugleichen. Das Anfang März geschlossene bilaterale Abkommen, ebenfalls zwischen der EU und Ghana, soll Vorhaben im Landwirtschafts- und Umweltbereich in Höhe von 8 Mio. € unterstützen. Für den Zeitraum von 2008 bis 2013 sagte die EU weitere 1 Mrd. GHc als Budgethilfe für Projekte im Bereich Dezentralisierung, Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung zu. In diesem Zusammenhang beglückwünschte der EU-Vertreter in Ghana das Land für seine Fortschritte in der Erreichung der Millenniumsziele, insbesondere der Armutsreduzierung, sowie zu seiner Vorreiterrolle im APRM-Prozess.

Wie die deutsche Botschaft in Ghana mitteilte, sei die bilaterale Hilfe zwischen der Bundesrepublik und Ghana für die Zeit von 2009 bis 2011 um 60% gestiegen und betrage nun 130 Mio. €.

Eine Delegation der amerikanischen Millennium Challenge Corporation (MCC) besuchte Anfang Februar die von dem Programm in Ghana finanzierten Vorhaben. Seit dem Jahr 2006 seien darüber insbesondere Projekte im Transportbereich und der landwirtschaftlichen Entwicklung für insgesamt 547 Mio. \$ gefördert worden.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung, Dr. Kwabena Dufuor, kündigte, im Anschluss an das letzte Treffen des „Producer Price Review Committees“, das einmal im Quartal die Anpassung der Produzentenpreise an die Weltmarktkurse bewertet, für den Zeitraum 2008 - 13 eine erneute Erhöhung des Kakaopreises von 2208 GHc auf 2400 GHc pro t (von 250 GHc auf 280 GHc, pro Sack), an.

Nach einer vom Ministerium für Frauen- und Kinderangelegenheiten in Auftrag gegebenen Studie soll die Zahl der in Ghana in extremer Armut lebenden Personen innerhalb von sieben Jahren (1999 bis 2006) von 27% auf 18% zurückgegangen sein, in der gleichen Zeit sei die allgemeine Armut von 39,5% auf 28,5% gesunken.

Wie offiziell mitgeteilt wurde, soll die für Anfang März geplante Volkszählung (geschätzte 25 Mio. Personen) aus finanziellen Gründen auf Ende Oktober (26.10.) verschoben werden. Von den veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 49 Mio. \$ konnte die ghanaische Regierung derzeit lediglich 37 Mio. GHc bereitstellen. Der Minister betonte gleichzeitig, dass es sich bei der Durchführung des Zensus um eine Priorität für das laufende Jahr handele.

Anlässlich einer internationalen Konferenz für Kardiologen führte der in Deutschland arbeitende ghanaische Herzchirurg, Dr. Charles Yankah, zusammen mit einem Team freiwilliger europäischer und afrikanischer Ärzte, zum ersten Mal eine Operation am offenen Herzen in Ghana an einem dreieinhalbjährigen Kind im Militärhospital von Accra durch.

Benin

Die allgemeine soziale Situation des Landes verschärfte sich, im Vergleich zum Vorjahr, weiter, der Unmut der Bevölkerung über die schwierige wirtschaftliche Lage wird immer deutlicher spürbar. Die bereits im Vorjahr begonnenen Streikbewegungen, insbesondere in den Sektoren Gesundheit (staatliche Krankenhäuser) und Erziehung (öffentliche Schulen,

Universität) wurden im 1. Quartal weitergeführt. Nachdem die Hochschullehrer Mitte Februar damit gedroht hatten, das laufende akademische Jahr für ungültig zu erklären, wurde ihnen der geforderte Sonderstatus gewährt, eine Entscheidung, die ab Oktober 2010 (neues Studienjahr) für die ohnehin bereits stark belastete Staatskasse zusätzliche Ausgaben in Höhe von nahezu 11 Mrd. F CFA (16,8 Mio. €) bedeutet.

Nachdem die im Oktober 2009 (Schuljahresbeginn) eingesetzte paritätische Ad-hoc-Kommission keine weiteren Vorschläge und befriedigenden Lösungsmöglichkeiten für die seit 2008 bestehenden, teilweise bereits eingelösten, Forderungen der Grund- und Sekundärschullehrer mehr erbrachte, kündigten die Lehrgewerkschaften an, die bereits seit Ende 2009 durchgeführten drei Streiktage pro Woche ab Ende Januar und für unbegrenzte Zeit auf vier erhöhen zu wollen. Das Treffen am 1.2. mit Staatspräsident Boni Yayi konnte das Problem nicht lösen, der Vorschlag des Staatspräsidenten bei einer weiteren Begegnung am 11.3. ihre Forderungen der im März erwarteten Mission der Weltbank vorzutragen zu wollen, trug nicht zur Entspannung der Lage bei.

Nachdem Schüler zunächst in Cotonou, dann auch in Porto Novo, wo es zu Sachbeschädigungen kam, auf die Straße gingen, um ihr Recht auf Unterricht und Bildung einzuklagen, dann auch die Eltern demonstrierten, um ein drohendes ungültiges Schuljahr zu verhindern, zeigte sich Staatspräsident Boni Yayi schließlich bereit, die verlangte Aufwertung des Berufsstandes vorzunehmen, womit das laufende Schuljahr, das mit Sicherheit verlängert werden muss, gerade noch gerettet werden konnte.

Auch die bereits seit 2009 bestehenden Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition gingen, insbesondere was die Erstellung eines fortlaufenden digitalen Wählerverzeichnisses (LEPI) angeht, weiter. Das Wählerverzeichnis, das möglichst bereits für die kommenden Präsidentschaftswahlen (2011) einsatzbereit sein sollte, wird seit langem mehr oder weniger kontrovers diskutiert. Nachdem das Parlament das entsprechende Gesetz im Mai 2009 verabschiedet hatte, machte insbesondere die Opposition auf markante Unstimmigkeiten, zunächst bei den Vorbereitungsarbeiten (geografische Erfassung der Wahlberechtigten) aber auch das Gesetz selbst betreffend, aufmerksam. Die Ende November 2009 begonnene und bis Ende Januar 2010 geplante, aber nicht abgeschlossene landesweite Erfassung der Wahlberechtigten, kam zum Stillstand. Anfang Februar appellierten die beninischen Bischöfe an die Bevölkerung, das Verzeichnis als eine Garantie für die Transparenz der Wahlen anzunehmen und gleichzeitig an die politisch Verantwortlichen, die bestehenden Kompetenzkonflikte zwischen den Durchführungsgremien zu beenden und u.a. die finanziellen Mittel für die Durchführung zur Verfügung zu stellen.

Am 18.3. folgte das Parlament dem Antrag der Opposition und setzte das oben genannte Gesetz außer Kraft. Staatspräsident Boni Yayi initiierte daraufhin eine Arbeitsgruppe, die in ihrem Ende März vorgestellten Bericht, aufgrund der festgestellten Unzulänglichkeiten Verbesserungsvorschläge machte, darunter auch die Neufassung mehrerer Artikel in dem außer Kraft gesetzten Gesetz.

Die in der Koalition „UN“ (l'Union fait la Nation) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien wählten, bei ihrem nationalen Kongress Anfang Februar, Nicéphore Soglo, Altpräsident und amtierender Bürgermeister von Cotonou, zum Vorsitzenden. Bei den kommenden Präsidentschaftswahlen soll ein gemeinsamer Kandidat aufgestellt werden, im Gespräch sind Lehady Soglo, Sohn von Nicéphore Soglo und dessen Stellvertreter sowie Adrien Houngbedji (PRD - Parti du Renouveau du Bénin).

Im Februar wurde der 20. Jahrestag, der infolge der damals herrschenden schweren sozioökonomischen Krise einberufenen Nationalkonferenz (19. - 28.2.1990), die der marxistisch-leninistischen Diktatur (Staatspräsident Mathieu Kerekou) ein Ende setzte und

den Weg für die Demokratie öffnete, begangen. Die gleichzeitig erarbeitete und am 11.12.90 per Volksentscheid angenommene Verfassung ist noch heute gültig. Mehrere Veranstaltungen zum Gedächtnis an dieses für das Land einschneidende Ereignis fanden statt, insbesondere ein Kolloquium, dessen Abschlussveranstaltung als der eigentliche Festakt galt und an der allerdings weder Staatschef Boni Yayi noch die wichtigsten Oppositionsvertreter teilnahmen.

Die Nationale Stromversorgungsgesellschaft (SBEE), die bereits zum Jahresende 2009 die Preise erhöht und erklärt hatte, selbst damit die Kosten nicht decken zu können, kündigte weitere jährliche Stromerpreiserhöhungen an, tägliche mehrstündige Stromsperrern gehören nun wieder zum normalen Alltag.

Burkina Faso

Burkina Faso ist eines der siebzehn afrikanischen Länder, die 1960 (5. August) unabhängig wurden und diesen Tag in diesem Jahr begehen werden. Wie der burkinische Historiker und Politiker Joseph Ki-Zerbo von seinem Land sagte, besitze dieses zwar nur wenige natürliche Ressourcen dafür aber eine arbeitsame Bevölkerung. Das Land erlebte innerhalb dieser 50 Jahre insgesamt vier Staatsstriche, wovon nur der letzte, der am 15.10.87 Thomas Sankara das Leben kostete, blutig verlief. Der jetzige Staatspräsident, Blaise Compaoré (seit 1987 an der Macht, 1998 und 2005 wiedergewählt) wird mehr und mehr zum Friedensstifter in der Region. Neben seiner Rolle als offizieller Schlichter in der ivoirischen und togoischen Krise war er auch an Geiselnbefreiungen, wie letztens in Mali und im vergangenen Jahr in Niger, maßgeblich beteiligt.

In Vorbereitung der im November (21.11.) fälligen Präsidentschaftswahlen wird das Wählerverzeichnis überarbeitet. Der dazu vorgesehene Zeitraum (1.- 21.3.) musste, aufgrund der nur zögerlichen Beteiligung der Bevölkerung, bis Mitte April verlängert werden. Dies wird zum einen damit begründet, dass nicht alle die für die Einschreibung nötigen persönlichen Dokumente besitzen, aber auch mit wachsendem Unmut in der Bevölkerung gegenüber dem Regime.

Was die wirtschaftliche Entwicklung des Landes angeht, steht Burkina Faso, wichtigster Baumwollproduzent in Subsahara-Afrika, weltweit an 13. Stelle der Länder, die genmanipulierte Kulturen produzieren, wobei die Baumwolle die Hauptrolle spielt. Wie die Verantwortlichen der Branche mitteilten, wird die nächste Ernte zu 95% aus genveränderter Baumwolle bestehen. Um die Produktion, die um ca. 40% gefallen war, anzukurbeln, sollen, nach Angabe der Branche, in weniger als einem Monat rund 94 Mrd. F CFA (ca 143,3 Mio. €) investiert worden sein, die von lokalen Banken mit Unterstützung durch die islamische Entwicklungsbank und europäische Finanzinstitutionen zur Verfügung gestellt wurden.

Wie einem Artikel der Wochenzeitschrift ‚Jeune Afrique‘ zu entnehmen ist, soll sich der Tourismus in Westafrika allgemein gut entwickeln, Burkina Faso sei im vergangenen Jahr (2009) von rund 300.000 Touristen besucht worden (250.000 im Jahr 2006), was Einnahmen von über 30 Mrd. F CFA (45,7 Mio. €) erbracht haben soll.

Die internationale NRO „Amnesty International“ veröffentlichte Ende Januar einen Bericht über die Müttersterblichkeit in Burkina Faso, wonach 307 Frauen bei 100.000 Geburten sterben, im Vergleich dazu Frankreich (9,6 und Nigeria 1.000 Todesfälle/ Angaben WHO). Das Land konnte in 15 Jahren über Maßnahmen wie u.a. die Übernahme eines Großteils (zwischen 80 und 100%) der Entbindungskosten und kostenfreie Vorsorgeuntersuchungen die Sterblichkeitsrate bereits halbieren. Um die Situation weiter zu verbessern, führte

„Amnesty International“ im Februar eine landesweite Informations- und Sensibilisierungskampagne durch.

In Burkina Faso wird die weibliche Genitalverstümmelung bereits seit 1996 mit Gefängnis und Geldstrafen geahndet, wodurch, nach offiziellen Angaben, die Anzahl der beschnittenen Mädchen von 50% (1988) über 5% (2002) auf heute 3% reduziert werden konnte. Da Mädchen nun von ihren Eltern in Nachbarländer gebracht werden, in denen die Praxis weiter straffrei ist, haben sich die Länder Burkina Faso, Elfenbeinküste, Ghana, Mali, Niger und Togo mit dem Ziel zusammengeschlossen, bis zum Jahre 2015 auch der grenzüberschreitenden Praxis der Exzision ein Ende zu setzen.

Am 9. Februar wurde in Laongo, ca. eine Fahrstunde von Ouagadougou entfernt, der Grundstein für das Projekt „Festspielhaus Afrika“ des deutschen Regisseurs Christoph Schlingensiefel, gelegt, ein „Operndorf“, das auf einem Gelände von 5 Hektar entstehen soll. Vorgesehen sind der Bau eines Theaters mit Übungssälen, später sollen noch ein Gästehaus, Werkstätten, eine Gesundheitsstation, Brunnen und eine Schule dazukommen. Ausgeführt wird das Vorhaben von dem in Deutschland lebenden burkinischen Architekten Francis Kéré. Nach Aussagen Schlingensiefels, der unter anderem Unterstützung durch das Goethe Institut erhält, sollen die Kosten für die erste Phase (2010) rund 1,5 Mrd. F CFA (2,29 Mio. €) betragen.

Togo

Wichtigstes Thema des 1. Quartals waren mit Sicherheit die am 28. Februar 2010 geplanten und auf Donnerstag, 4. März verschobenen Präsidentschaftswahlen.

Am 16. 1. veröffentlichte die Nationale Unabhängige Wahlkommission (CENI) die Liste der insgesamt acht Kandidaten, die sich um das höchste Staatsamt bewarben: Faure Gnassingbé, amtierender Staatspräsident, Regierungspartei RPT, Jean-Pierre Fabre, Generalsekretär und Fraktionsführer der wichtigsten Oppositionspartei UFC, Yawovi Agboyibo, CAR, die zweite, im Parlament vertretene Oppositionspartei, Agbéyomé Kodjo, ehemaliges RPT-Mitglied, „Organisation pour bâtir dans l'union un Togo solitaire“ (Obuts), Nicolas Lawson ‚Parti du renouveau et de la rédemption‘ (PRR), Bassabi Kagbara, ‚Parti démocratique panafricain‘ (PDP), Brigitte Kafui Adjamagbo-Johnson ‚Convention démocratique des peuples africains (CDPA). Es handelt sich dabei um das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass sich eine Frau um das höchste Staatsamt bewirbt. Kofi Yamgnane, parteilos, bis vor kurzem in Frankreich wohnhaft, mit sowohl togoischer als auch französischer Nationalität, vertritt, wie er erklärte, keine spezifische politische Richtung.

Am 2. Februar veröffentlichte das Verfassungsgericht, das Kofi Yamgnane aufgrund von Unregelmäßigkeiten in den eingereichten Dokumenten, abgelehnt hatte, die Liste der sieben zugelassenen Kandidaten.

Die Einschreibung der Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis war bereits Ende 2009 erfolgt, die Opposition machte wiederholt auf Unstimmigkeiten aufmerksam und forderte eine grundlegende Überarbeitung des Verzeichnisses sowie eine entsprechende Verschiebung des Wahltermins. Dies brachten deren Vertreter auch bei dem Treffen am 9.2. in Ouagadougou mit dem offiziellen Schlichter, dem burkinischen Staatspräsidenten Blaise Compaoré, vor, zusätzlich wurden Identifizierungsmöglichkeiten der Herkunft der Stimmzettel (Durchnummerierung, Kontrollabschnitte) verlangt. Die Regierungsseite lehnte ab, obwohl sie bestehende Unregelmäßigkeiten durchaus anerkannte, die sie allerdings als nicht ausreichend für eine Verschiebung des Wahlprozesses bezeichnete. Anschließend

Gespräche des burkinischen Staatspräsidenten mit seinem togoischen Amtskollegen führten dann doch zu einer Verlegung des Wahltermins auf den 4. März.

Am 9.2. lud der ehemalige Innenminister, François Akila Eso Boko, zusammen mit Kofi Yamgnane, die Oppositionskandidaten zu einem zweitägigen Treffen nach Paris ein, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition zu benennen, was, da auch die Ende 2009 seitens der Opposition vorgebrachten Forderungen nach einer Wahl in zwei Wahlgängen (siehe 4. Quartalsbericht 09) keine Berücksichtigung gefunden hatten, als immer dringlicher angesehen wurde, um ein Gegengewicht zum Kandidaten der RPT zu bilden. Dieses so genannte „Pariser Treffen“ scheiterte, da nicht alle Teilnehmer dem Vorschlag, Jean-Pierre Fabre als gemeinsamen Kandidaten zu benennen, zustimmten. Fabre wurde daher lediglich als Kandidat der UFC und der am 5.2. 2010 von Kofi Yamgnane gegründeten Bewegung ‚Sursaut-Togo‘, die sich dann im „Front républicain pour l’alternance et le changement“ (FRAC) zusammenschlossen, bestimmt.

Die folgenden Tage bis zu Beginn des Wahlkampfs (16.2.) waren von Suspendierungen bzw. Rückzug der Delegierten aus der Wahlkommission (UFC, CAR) sowie Unterbrechung der Beteiligung am Wahlprozess (CAR, CDPA, UFC) bestimmt, seitens der Opposition hielt lediglich Agbéyomé Kodjo (Obuts) seine Kandidatur weiter aufrecht.

Am 15.2. erklärte der Vorsitzende der Wahlkommission, der Forderung nach durchnummerierten Stimmzetteln mit Kontrollabschnitt stattzugeben und gab weiter bekannt, dass in dem (am 16.2. veröffentlichten) Wählerverzeichnis insgesamt rund 3,3 Mio. Wahlberechtigte eingetragen seien.

Am folgenden Tag waren, am offiziellen Beginn des Wahlkampfs, Faure Gnassingbé (RPT), Agbéyomé Kodjo (Obuts), Nicolas Lawson (PRR) und Kagbara Bassabi (PDP) vertreten. Am Nachmittag kündigte Yawovi Agboyibo (CAR) seine Rückkehr in den Prozess an, ab dem folgenden Tag nahm auch Jean-Pierre Fabre (UFC) wieder teil, dessen Kandidatur allerdings erst am 21.2. vom UFC-Vorsitzenden, Gilchrist Olympio, der aus Gesundheitsgründen nicht kandidierte, offiziell unterstützt wurde.

Mehrere Beobachtermissionen hielten sich, teilweise bereits seit Januar, im Land auf, um den gesamten Prozess zu verfolgen. Leiter der Delegation der Afrikanischen Union war der ehemalige nigerianische Staatspräsident Olusegun Obasanjo. Eine weitere Gruppe von Polizisten, Gendarmen und Militärs aus 12 ECOWAS-Ländern kam, zur Unterstützung der Spezialeinheit zur Sicherung der Wahlen (FOSEP), insbesondere in als risikoreich bezeichneten Gebieten des Landes, zum Einsatz. Die aus nahezu 130 Mitgliedern aus 25 EU-Staaten und der Schweiz bestehende EU-Beobachtermission arbeitete eng mit den rund 3.300 lokalen und internationalen Beobachtern zusammen.

Sowohl der Wahlkampf als auch der Wahltag verliefen, wie von allen Beobachtergruppen übereinstimmend bestätigt wurde, ruhig und ohne nennenswerte Zwischenfälle. Für die Weiterleitung der Ergebnisse nach der öffentlichen Stimmauszählung waren, zu deren Sicherung, drei unterschiedliche Wege - Internetverbindung per Satellit, Mobiltelefonnetz und Fax - vorgesehen. Leider konnte die als die am sichersten bezeichnete Übertragung per Internetverbindung wegen einer kurzfristig aufgetretenen Panne nicht benutzt werden.

Am 7.3. gab die Wahlkommission das vorläufige Ergebnis bekannt: Faure Gnassingbé 60,92% (1.243.044 Stimmen), Jean-Pierre Fabre 33,94% (692.584 Stimmen), Yawovo Agboyibo (CAR) 2,96% (60.388 Stimmen). Alle übrigen Kandidaten lagen unter 1%. Die mit 64,68% angegebene relativ niedrige Wahlbeteiligung lag unter der der Parlamentswahlen von 2007 mit nahezu 85%.

Die Opposition bezeichnete das Ergebnis als Wahlbetrug, die UFC erklärte ihren Kandidaten, Jean-Pierre Fabre, zum Gewinner und rief ihre Sympathisanten zu Demonstrationen auf, die von den Sicherheitskräften, unter Einsatz von Tränengas, jeweils aufgelöst wurden. Die Polizei beschlagnahmte, in eigens dazu von der UFC angemieteten Räumlichkeiten, Computer sowie über 6.000 Protokolle aus Wahllokalen, Grundlage für eine parallele Stimmenauszählung, 11 Personen wurden festgenommen.

Am 8.3. stellte die EU-Mission in einer Pressekonferenz ihren vorläufigen Bericht vor und kündigte den endgültigen Bericht in ca. zwei Monaten nach Ende des gesamten Wahlprozesses an. In diesem vorläufigen Bericht wurde festgestellt, dass sowohl Wahlkampf als auch Wahltag in einer ruhigen Atmosphäre und ohne größere Zwischenfälle verlaufen, allerdings weitgehend von der Wahlmaschinerie des Staatspräsidenten dominiert gewesen seien. Was die Vorwahlzeit angeht, wurde auf festgestellte Unstimmigkeiten hingewiesen.

Die beiden Kandidaten der Opposition, RA Yawovi Agboyibo (CAR) und Agbéyomé Kodjo (Obuts) reichten am 9.3., indem sie sich auf die Argumente des vorläufigen EU-Berichts stützten und mit dem Ziel, eine Ungültigerklärung der Wahl zu erreichen, jeweils eine Beschwerde beim Verfassungsgericht ein, denen allerdings nicht stattgegeben wurde.

Am 18.3. gab das Verfassungsgericht die endgültigen Wahlergebnisse bekannt, gegen die kein Einspruch mehr möglich ist:

Faure Gnassingbé (RPT)	60,88%
Jean-Pierre Fabre (UFC)	33,93%
Yawovi Agboyibo (CAR)	2,95%
Agbeyomé Kodjo (OBUTS)	0,85%
Brigitte Kafui-Adjamagbo-Johnson (CDPA)	0,65%
Bassabi Kagbara (PDP)	0,4%
Nicolas Lawson (PRR)	0,29%

und erklärte Faure Gnassingbé zum Gewinner der Wahl und neu gewählten Staatspräsidenten.

Die Opposition, insbesondere UFC und FRAC, weigert sich weiter, das Wahlergebnis anzuerkennen und führt ihre Protestkundgebungen auch weiter fort.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
 Autor: Brigitte Mäntele-Enweani
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –
 Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax.:+49 (0)89 1258-359
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
 Erstellt am: 10. April 2010